

Rheinberger STATT Nachrichten

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN



Sommer 2020

Aus dem Ortsverband

Dietmar Heyde – Bürgermeisterkandidat der Grünen

www.gruene-rheinberg.de
facebook @GRUENERheinberg
Twitter @GrueneRheinberg

*Liebe Rheinbergerinnen und Rheinberger, am 29. Februar dieses Jahres haben die Rheinberger GRÜNEN mir einstimmig ihr Vertrauen geschenkt und mich als ihren Kandidaten für das Bürgermeisteramt der Stadt Rheinberg aufgestellt, weil sie meinen: Das sei „einfach besser für Rheinberg!“ Nun möchte ich mich Ihnen gerne vorstellen, liebe Rheinberger*innen.*

Noch früher als an meine Frau Sabine und die drei inzwischen erwachsenen Kindern habe ich mein Herz an den Niederrhein „verloren“ und diesen mit Ausnahme meiner Studienzeit in Köln nie länger verlassen, weil es meine Heimat ist und mir die Menschen wie die Natur vertraut und lieb sind. Geboren und aufgewachsen in Kleve hat mich meine Leidenschaft zum Sport – vor allem dem Fußball – sowie zur Geschichte zur Aufnahme eines entsprechenden Studiums in Köln bewogen, um damit junge Generationen von Schülerinnen und Schülern ebenfalls zu begeistern. Dies hat mich wiederum nach Rheinberg an die damalige Realschule und das Amplonius-Gymnasium und zu dem Eindruck geführt, dass Rheinberg durch seine Lage (mitten im Niederrhein mit historischer Stadtmitte, mitten im Grünen mit wunderbaren Bewegungsräumen und nah am Ballungsraum Ruhrgebiet mit vielen beruflichen Möglichkeiten) eigentlich ein für mich perfekter Wohn- und Lebensort wäre. Und das ist er auch seit nunmehr über 30 meiner 56 Lebensjahre, die ich mit meiner Familie in Millingen lebe.

**Ich meine sagen zu können:
„Ich bin ein Rheinberger!“**

Und hier in Rheinberg kann ich auch wunderbar meinen Hobbys, der Politik und dem noch machbaren Sport frönen, zumindest soweit dafür noch Zeit neben dem Beruf und der Familie bleibt. Da ich aus orthopädischen Gründen leider meiner größten Leidenschaft, dem Fußball, abschwören musste, bleiben das Radfahren und das Laufen mit Freunden oder mit meinen Kindern und dem Hund durch Rheinberg, Millingen oder die wunderbare Leucht übrig, um fit und bei guter Laune zu bleiben.

Als Pädagoge für Geschichte und Sport hätte ich damals allerdings Rheinberg und den Niederrhein verlassen müssen, um in den Schuldienst zu kommen. Da ich das nicht wollte, habe ich einen anderen, im Diplom-Sport-Studium entwickelten Schwerpunkt, die Gesundheitsförderung, letztlich zum Beruf gemacht.



Seither versuche ich als Präventionsfachkraft die Menschen davon zu überzeugen, dass „Vorbeugen besser als heilen“ oder therapieren und noch dazu kostengünstiger ist! Zunächst bei einer großen Gesundheitskasse und dann bei der AIDS-Hilfe Duisburg / Kreis Wesel als „Youthworker“ und „Öffentlichkeitsarbeiter“ sowie seit 20 Jahren auch als Geschäftsführer.

Als solcher habe ich die Personal-, Finanz- und strategische Verantwortung eines freien Trägers der Wohlfahrtspflege und kämpfe auf allen föderalen Ebenen (also auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene) um den Erhalt und die Weiterentwicklung struktureller Präventionsansätze und für eine entsprechende Infrastruktur im Gesundheitswesen.

Eine Aufgabe, deren enorme Bedeutung uns gerade die aktuelle Corona-Pandemie wieder deutlich gemacht hat, die aber leider viel zu häufig vernachlässigt und dem Streben nach immer mehr Wirtschaftswachstum und Gewinnmaximierung geopfert wurde. Wir können es uns auf Dauer nicht leisten, alles „outsource“ und müssen uns wieder mehr besinnen, was für unser Dasein wesentlich ist: Gesundheit, Freiheit, Natur- und Umweltschutz, Chancen- und Verteilungsgerechtigkeit der Ressourcen, allen voran die Bildung – und wer dafür verantwortlich sein soll! Dafür setze ich mich seit 2005 auch politisch in Rheinberg ein, zunächst als sachkundiger Bürger im Sozial-, Sport- und Kulturausschuss und seit 2009 als Mitglied des

Rates der Stadt Rheinberg für die Fraktion von Bündnis 90/Die GRÜNEN sowie im Sportausschuss und im Schulausschuss, dessen Vorsitzender ich seit 2014 bin.

**Ich möchte Rheinberg
zu einer bürgerorientierten
Kommune ausrichten**

Ich will als Bürgermeister die Aufgabe der staatlichen und damit auch der kommunalen Daseinsfürsorge und des damit verbundenen Dienstleistungsverständnisses wieder stärker in den Fokus rücken! Ich möchte, dass Rheinberg und die Stadtverwaltung in erster Linie als „bürgerorientierte Kommune“ wahrgenommen wird. Auch wenn es heute immer noch einige hoheitliche Aufgaben gibt, die eine Stadtverwaltung als Behörde ausüben und vorhalten muss (Melde- und Ordnungswesen, viele Genehmigungsverfahren u.a.m.), so ist sie vor allem auch für die Bürger*innen da. Sie sollte also ihr Handeln am Wohl der Stadt und ihrer Bürger*innen ausrichten und diese über ihr Tun informieren und sie nach Möglichkeit zur Mitgestaltung einladen.

Die Bereitschaft zur aktiven Mitgestaltung unserer lebens- und liebenswerten Stadt mit ihren lebendigen Ortsteilen ist in unglaublich vielen Initiativen mit zumeist ehrenamtlichen Engagement überall zu spüren und zu erleben – sei es in Sport- und Brauchtumsvereinen, in Kultur- oder Bürgerinitiativen, in Fördervereinen oder Interessengemeinschaften, in sozialen oder religiösen Gemeinschaften, in freiwilligen Diensten (z.B. der Feuerwehr), in Grünpflegerpatenschaften oder Pumpennachbarschaften oder auch in Einzelinitiativen. Ich bin davon begeistert und schätze dieses En-

gagement sehr. Und es ist ein großes Potential, das es zu pflegen und im Rahmen der Möglichkeiten zu unterstützen gilt, denn das ist der Kitt, der uns zusammenhält.

Als Bürger und als langjähriges Mitglied des Rates der Stadt Rheinberg habe ich den Eindruck, dass auch die Verwaltung an vielen Stellen schon recht gut aufgestellt ist und viele kompetente und hoch engagierte Mitarbeiter*innen hat, dass ihr Image in der Bevölkerung aber nicht immer das Beste ist. Lassen Sie uns also aufeinander zugehen, ins Gespräch kommen und bleiben und die Zukunft Rheinbergs gemeinsam gestalten!

Meine wesentlichen Überzeugungen, die mich dabei leiten und sich in langer Berufserfahrung wie in der Politik als erfolgversprechend herausgestellt haben, sind: „Kein Fanatismus!“ und „Wir kommen in der Sache nur weiter, wenn wir die Menschen erreichen!“ (Paul Watzlawick) und das benötigt den Willen dazu, etwas zu bewegen und darüber Transparenz zu schaffen, offene Ohren für die Menschen, eine Prise diplomatisches Geschick und auch einen Schuss Humor – und damit, so meine ich, bin ich recht gut ausgestattet.

Mehr über mich und meine Ziele erfahren Sie unter
www.dietmar-heyde.de

Sie wollen mit mir in Kontakt kommen, dann schicken Sie mir eine E-Mail:
dietmar.heyde@gruene-rheinberg.de

Besuchen Sie mich auch auf meinen social media Kanälen
Facebook @GruenerHeyde
Instagram @gruenerheyde

Einladung zur Veranstaltung mit Norwich Rüße, Mitglied des Landtags, am 28.8.2020 um 19.00 Uhr im Hotel Am Fischmarkt, Fischmarkt 2-5, Rheinberg zum Thema GRUNDWASSER UND TRINKWASSER

„Sauberes und in ausreichender Menge vorhandenes Wasser ist die Grundlage des Lebens auf unserem Planeten und erfordert daher einen ganz besonderen Schutz. Die GRÜNE Landtagsfraktion hat vor diesem Hintergrund eine Große Anfrage „Wasser in NRW nachhaltig nutzen und schützen“ an die Landesregierung gestellt. Die Beantwortung zeigt, dass unser Wasser in hohem Maße durch Nitrat, Pestizide, Chemikalien, Mikroplastik und auch Medikamentenrückständen beeinträchtigt wird. Zusätzlich verschärft der Klimawandel diese Situation noch und lässt die Ressource Wasser knapper werden. Norwich Rüße, umweltpolitischer Sprecher der GRÜNEN Landtagsfraktion, stellt die wichtigsten Ergebnisse der Anfrage vor und diskutiert mit uns den aktuellen Handlungsbedarf sowie mögliche Lösungsansätze, wie ein nachhaltiges Wassermanagement umgesetzt werden kann.“



Gesellschaftliche Folgen und Erkenntnisse aus der Corona-Pandemie – oder: Wie weit dürfen Ausgangsbeschränkungen in einem demokratischen Staat gehen?

*Die Corona-Pandemie stellt nicht nur die Bürger*innen in den Gemeinden, in denen sie leben, vor eine neue Lebenssituation, unsere gesamte Gesellschaft/unsere Staat muss sich mit schützenden Maßnahmen für die Bevölkerung beschäftigen und vernunftorientierte Entscheidungen treffen, auch für die Zeit nach dem Abschwellen der Ansteckungsmöglichkeiten durch das Virus, das bis zu zwei Jahre dauern kann.* Die Corona-Pandemie stellt eine reale Gefahr dar! Um so dringlicher ist eine gut überlegte, verantwortungsbewusste, besonnene Politik erforderlich, die die Menschen mit ihren Ängsten und Unsicherheiten ernst nimmt, ihnen aber auch Verlässlichkeiten durch gezielte Hilfspakete, insbesondere für das Gesundheitswesen, bietet.

Vieles ist falsch gelaufen in den letzten Jahren – gerade im Gesundheitswesen. Die Umstellung der Finanzierungen im Krankenhausbereich von der „Liegezeit“ auf die sogenannten Fallpauschalen haben den Prozess des Sparens eingeleitet. Die Ausrichtung der Altenpflege- und Gesundheitssysteme auf Wirtschaftlichkeit hat dazu geführt, dass die Vorhaltung an Personal und Material zum reinen Kostenfaktor geworden und dem Markt überlassen ist. Die jetzt fehlenden Reserven haben betriebswirtschaftliche Überschüsse verschafft, uns aber menschliche Not gebracht.

Obgleich es 2013 von Seiten des Bundesgesundheitsministeriums Modellprojektionen für erforderliche Maßnahmen einer Corona-Krise gab, die eine Verstärkung der Ausstattung der Krankenhäuser und Praxen mit Hygieneartikeln und Schutzmasken für erforderlich hielt, ist diese Ausstattung unterblieben. Dazu kamen deutschlandweit – aus Kostengründen – die Entlassung von 50.000 Pflegekräften und Schließung von 600 Krankenhäusern in den letzten Jahren.

Mit den Folgen müssen wir nun umgehen und die Einschränkungen des sozialen Zusammenlebens sind nur ein erster Schritt, die unkontrollierte Ansteckungsgefahr zu vermindern. Das können wir schaffen.

Aber was kommt danach?

Die Werte unserer demokratischen Verfassung haben einen absolut hohen historischen Stellenwert, dieser große Handlungsrahmen muss unverändert bleiben, um autoritär-diktatorische und illiberale Verhältnisse zu vermeiden – z.B. politische Verhältnisse wie in Ungarn oder Polen.

Aus diesem Grund halten wir GRÜNE es für unabdingbar, die derzeitigen Einschränkungen der Grundrechte hin-

sichtlich der Bewegungsfreiheit der Menschen nur für einen definierten Zeitrahmen zu erlassen; erforderlich ist, Antworten für die Zukunft zu finden:

Wie halten wir Unsicherheiten aus und erhalten uns trotzdem Freiheitsrechte?

Wie wollen wir zusammen leben?

Analog oder digital?

Wie regulieren wir Eigen- und Allgemeininteresse?

Wie berücksichtigt die Politik das gesamte Spektrum wissenschaftlicher Experten (Mediziner, Virologen, Psychologen, Soziologen...) und wie organisiert sie ihre verantwortungsbewussten Entscheidungen?

Wird in Zukunft die gleiche Sorgfalt in Bezug auf den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen oder ganz konkret auf die Sicherheit und den Schutz von Menschenleben im Straßenverkehr angewendet?

Werden die Milliardenausgaben für die Corona-Maßnahmen auf Kosten der notwendigen finanziellen Mittel für die Sozialpolitik und den Klimaschutz etc. gehen?

Halten wir an den privatwirtschaftlichen Strukturen unserer, für die Daseinsvorsorge insbesondere im Gesundheitswesen, zentralen Einrichtungen fest?

Aufgabe der öffentlichen-rechtlichen Medien und der Politik ist es, für die Bevölkerung eine faire, transparente Information und Aufklärung zu leisten, auf Diskrepanzen und Widersprüche im Handeln des Staates aufmerksam zu machen.

Gerade die Politik der GRÜNEN ist hier angesagt, da sie die demokratischen Werte unserer Verfassung, die Einhaltung des sozialen Ausgleichs in der Gesellschaft und die Bewältigung der planetarischen Klimakrise als Kernanliegen verfolgt.



Dagmar Krause-Bartsch Ortsverbandssprecherin reflektiert das gesellschaftliche Leben und das politische Handeln in Zeiten der Corona-Pandemie

Aus der Fraktion

Wir dürfen Flüchtlingskinder nicht ihrem Schicksal überlassen

Die Situation in den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln ist dramatisch. Hier leben 42.000 Menschen in unwürdigen Bedingungen in Lagern, die ursprünglich für 8.000 Menschen vorgesehen waren. „In Moria auf der Insel Lesbos gibt es für 167 Leute je eine Toilette, für mehr als 240 eine Dusche, zuweilen nur eine Wasserzapfstelle für 1300 Bewohner - keine Seife und keinerlei Möglichkeiten, sich nur annähernd angemessen vorsorglich die Hände zu waschen.“ (Auszug aus einem Petitionsaufruf von change.org vom 16.3.2020).



Bundespräsident Steinmeier sprach davon, dass die Lage in Flüchtlingslagern „dramatisch“ sei. Trotzdem ist viel zu lange praktisch nichts geschehen.

Über die weltweite Corona-Pandemie dürfen wir nicht vergessen, auch alles in unseren Möglichkeiten Stehende zu tun, um den Ärmsten und Schwächsten der Armen und Schwachen, für die schon vor Corona in beschämender Weise zu wenig getan wurde, zu helfen. Hierzu zählen die Flüchtlingskinder auf den griechischen Inseln.

So wie wir hier in der Krise in kleinen und großen Gruppen von Betroffenen gerade erfahren, dass geteiltes Leid halbes Leid ist, so sind wir sicher, wollen wir, dass der Mantel dieses Leitsatzes auch bis zur Insel Lesbos in Griechenland und auch weiter weht.

Die große Mehrheit des Rheinberger Rates hat am 9.7.2019 beschlossen, dass die Stadt Rheinberg sich einem Brief der Bürgermeister der Nachbarstädte Moers, Kamp-Lintfort und Neukirchen-Vluyn anschließt und der Initiative „Sicherer

Hafen“ beiträgt. Rheinberg hat deshalb den Briefappell an die Bundeskanzlerin mitunterzeichnet, das Ertrinken von Flüchtlingen im Mittelmeer zu unterbinden und gerettete Flüchtlinge in deutschen Städten in der bestehenden Infrastruktur zur Aufnahme von Flüchtlingen herzlich aufzunehmen.

Die GRÜNE Fraktion hat nun einen Resolutionsvorschlag in den Rat der Stadt Rheinberg eingebracht, in dem der Appell erweitert und die Bundesregierung aufgefordert wird, für Deutschland zu er-

klären, dass man sich an die Seite Luxemburgs stellt und in einem humanitären Akt nicht nur 47, wie im April endlich geschehen, sondern möglichst viele der betroffenen Kinder in Deutschland aufnimmt und auf die aufnahmebereiten Städte verteilt.

Rheinberg soll sich ausdrücklich dazu bereit erklären, Flüchtlingskinder in unmittelbare Obhut unserer Stadt zu übernehmen. Auch in Zeiten großer Probleme, Kosten und Lasten sollte der Rat der Stadt Rheinberg damit ein klares Signal der Solidarität mit den Schwächsten aussenden.



Ralf Winthroth Sachkundiger Bürger fordert Hilfe für die Flüchtlingskinder auf den griechischen Inseln

Kies-Raubbau am Niederrhein – bringt der Appell eine Wende?

Interview mit Simone Spiegels



Frau Spiegels, Sie sind Vorsitzende des Vereins »Aktionsbündnis Niederrheinappell«. Was verbirgt sich hinter diesem Appell?

Große Teile der niederrheinischen Bevölkerung lehnen einen weiteren Raubbau an der Niederrheinischen Kulturlandschaft durch eine intensive Fortführung und Ausdehnung des Kiesabbaus ab. Entlang des Niederrheins sind Verbände und Bürger*innen aktiv geworden. Es haben sich parteiübergreifend Initiativen gegründet, die den Kiesabbau in der bisherigen Form nicht mehr dulden werden. Mittlerweile ist aus dem Aktionsbündnis ein eingetragener Verein geworden.

Warum gehen so viele Niederrheiner*innen bei dem Thema »Kies« auf die Barrikaden?

Fast überall am Niederrhein liegt Kies und Sand. Jeder, der mal im Internet (siehe gelbe Box) nachgelesen hat, muss für sich feststellen, dass auch sein Haus in einem Kiesabbaugebiet liegt. Gleichzeitig stellen wir fest, dass sich die privatwirtschaftlich arbeitende Kiesindustrie mit ihren Abgrabungsanträgen in der Regel über gegenläufige Interessen der Bevölkerung hinwegsetzen kann. Die Interessen der Kiesindustrie an der Sicherung großflächiger Abgrabungsgebiete sollen nunmehr mit den neuen Änderungen am Landesentwicklungsplan (LEP) noch weiter begünstigt werden.

Die Landesregierung hat am 12. Juli 2019 in Folge ihres sogenannten »Entfesselungspakets« auch den LEP geändert. Welche unmittelbaren Auswirkungen hat diese Änderung?

Die Landesregierung will durch die Änderung des LEP dem Wunsch der Kiesindustrie nachkommen, so viele Flächen für den Abbau von Sand/Kies auszuweisen, dass eine Versorgungssicherheit von nunmehr 25 Jahren statt wie bisher von 20 Jahren gewährleistet ist. Sie hat dabei die Abbaugeschwindigkeit der letzten 3 Jahre zu Grunde gelegt. Das bedeutet, dass der Kiesindustrie ab sofort 25% mehr an Flächen zum Abbau zur Verfügung gestellt werden. Für den Kreis Wesel sind das zusätzliche 300 ha. Sollten die Kiesunternehmen diese Flächen jedoch schneller abbauen als vorausberechnet, wird eine neue Flächenausweisung erfolgen.

Das bedeutet für uns in Rheinberg, dass zusätzliche Flächen in Budberg, Vierbaum und Millingen ausgekieset werden sollen! Das lehnen wir in Rheinberg natürlich ab! Fordert der Niederrheinappell von der Landesregierung denn einen Stopp des Kiesabbaus?

Wir fordern einen angemessenen Kiesabbau. Der vom Land NRW zu sichernde Bedarf darf sich ausschließlich an diejenigen Mengen an

Kies und Sand orientieren, die für Bauvorhaben in NRW verwendet werden. Diese Zahl lag im Landtag nur leider gar nicht vor, als das neue Gesetz verabschiedet wurde. Bei Planungs- und Genehmigungsentscheidungen muss in erster Linie der Schutz der Bevölkerung, der Natur und der typischen niederrheinischen Landschaft gewährleistet werden. Verwaltung und Politik müssen berücksichtigen, dass der Kiesabbau zum großflächigen Verlust landwirtschaftlicher Flächen und deren Arbeitsplätze führt. Diese Flächen stehen für die Nahrungsmittelproduktion und für den Natur- und Artenschutz nicht mehr zur Verfügung. Die Regierung ist laut Raumordnungsgesetz verpflichtet, für eine ausgewogene Entscheidung zu sorgen. Dieses Gebot wird nicht eingehalten und geht auf Kosten des Niederrheins.

Warum ist der Kiesabbau so kritisch zu sehen?

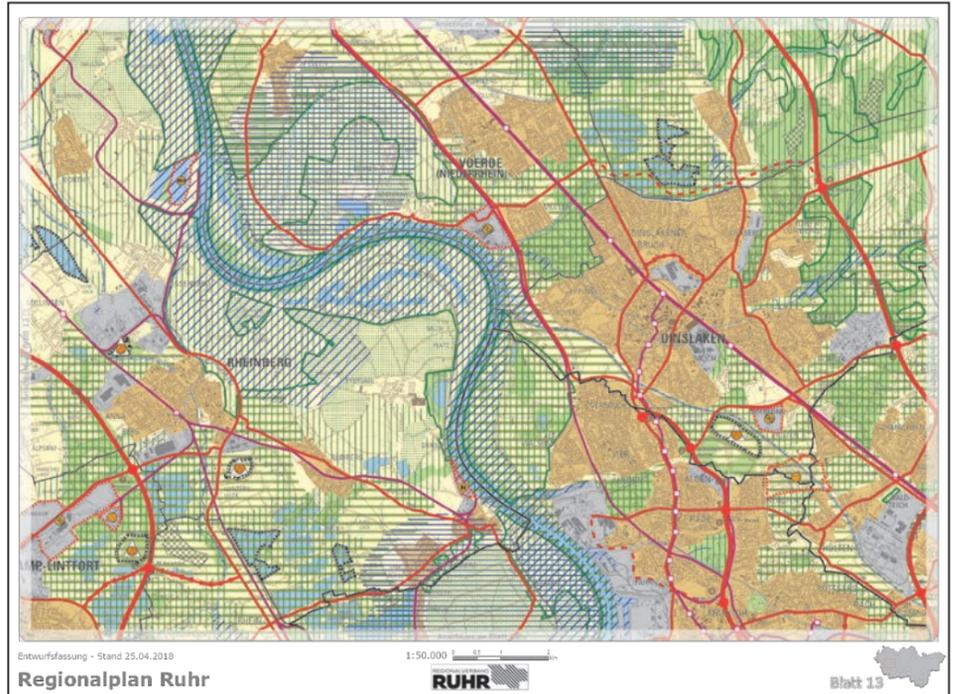
Kiesabbau führt zu einer Zerstörung der Bodendeckschicht, die das Grundwasser vor schädigenden Einträgen schützt. Unserem Trinkwasser, das fast überall am Niederrhein im Gegensatz zu weiten Teilen des Landes noch Grundwasser ist, droht langfristig eine massive Verschlechterung, insbesondere auch durch die Einleitung von Oberflächenwasser in Baggerlöcher. Schauen Sie sich mal unsere Vegetation an. Schon jetzt fehlt wieder der Regen. Wir können es uns gar nicht leisten, unsere Trinkwasserreserven aufzugeben. Es ist festzuhalten, dass von der Kiesindustrie erhebliche Mengen Sand und Kies ins Ausland exportiert werden. So auch in Länder, welche inzwischen eine restriktive Abgrabungspolitik verfolgen, da sie die ökologischen und ökonomischen Folgen des Kiesabbaus erkannt haben und deren Rohstoffbedarf nun durch niederrheinische Kiesunternehmen bedient wird. Der Kiesabbau ist deshalb auch kritisch zu sehen, weil langfristig ein ganzer Landstrich vernichtet wird. Wir gehen viel zu großzügig mit der Flächenvergabe um. Die Landwirtschaftskammer hat eindringlich den Flächenschwund beschrieben. Die Flächen gehen unwiederbringlich für nachfolgende Generationen verloren. Wir gehen viel zu verschwenderisch mit unseren Ressourcen um. Wovon sollen die Menschen sich ernähren, wenn mal wieder schlechte Zeiten kommen und wir darauf angewiesen sind, unsere Nahrungsmittel und Trinkwasser lokal in der Heimat zu produzieren?

Aber der Kies- und Sandbedarf muss doch ermittelt werden? Wonach richtet sich denn der Bedarf im Land?

Die regionalplanerische Bedarfsermittlung von Kies und Sand erfolgt ausschließlich an den Mengen, die die Kiesindustrie in den jeweils letzten drei Jahren abzugraben vermochte. Es ist überhaupt nicht festgelegt, wessen »Bedarf« ermittelt werden soll: der Bedarf für den jeweiligen Regierungsbezirk, Bundesland, Deutschland oder in EU-Ländern? Einzig die abgebaute Menge stellt somit den »Bedarf« dar. Folglich: je fortgeschrittener der technische Abbau und die Absatzmöglichkeiten insbesondere im Ausland optimiert werden, desto mehr Flächen werden der Kiesindustrie als sogenannter »Bedarf« neu zugewiesen. Die jetzige Form der Bedarfsermittlung hat die privatwirtschaftlich arbeitenden Abgrabungsunternehmen in die Situation versetzt, das Abgrabungstempo mit einhergehender Flächenvernichtung selbst zu bestimmen. Ungeheure Mengen Kies und Sand werden im profitableren Exportgeschäft verkauft.

Sind Sie dann gegen den Export von Kies und Sand?

Wir haben überhaupt nichts dagegen, wenn die Kiesindustrie ihre Ware ins Ausland exportiert.



Wenn allerdings ein Gesetz vorsieht, Rohstoffe für den heimischen Bedarf zu sichern, dann sollte sich die diesbezügliche Bedarfsermittlung auch an den heimischen Bedarf orientieren. Es ging bei dem Gesetz um eine Rohstoffsicherung für den heimischen Bedarf, nicht um ein Wirtschaftsförderungsprogramm für die Kiesindustrie. Aktuell ist es so, dass der Preis für Sand und Kies im Ausland höher ist als in Deutschland. Bestes Zeichen übrigens dafür, dass wir entgegen der Aussagen einschlägiger Interessensverbände keinen Engpass an Kies und Sand haben. Sonst hätten sich die Preise schon längst angepasst.

Dennoch braucht unsere Bauindustrie Kies und Sand als Baustoffe. Welche Lösungsvorschläge haben Sie?

Wir fordern die Recyclingquote für genutzte Baustoffe zu erhöhen und bei der Bedarfsabschätzung anzurechnen. Kies und Sand sollten als originäre Rohstoffe nach Möglichkeit nur dann und nachrangig eingesetzt werden, wenn keine anderen Baustoffe Verwendung finden können. In der Wirtschaft gibt es hier schon viele Lösungsansätze, die viel mehr, z.B. durch gezielte Wirtschaftsförderung (Behörden, IHKs, etc.), unterstützt werden müssen. Ich habe mich letztlich mit einem Vorstand eines Verbandes aus der Bau- bzw. Abbruchbranche unterhalten. Technisch ist es gar kein Problem, mehr Baustoffe zu recyceln. Bauherren und Behörden müssen es nur wollen.

Wir fordern neben einer gezielten Wirtschaftsförderung auch einen finanziellen Ausgleich im Sinne einer Abgabe zulasten der Kiesabbauunternehmen, um die Chancen für das Recycling und alternative Baustoffe zu erhöhen. Wir fordern, dass die Landesplanung die Versorgungssicherheit wieder auf 20 Jahre, besser noch auf 15 Jahre reduziert. Und wir fordern, dass die Ausweisung von Abgrabungsbereichen ausschließlich über Festsetzungen von Vorranggebieten mit Eignungswirkung erfolgt, damit ein Kiesabbau nur dort und landesplanerisch gesteuert erfolgt.

Gibt es neben dem politischen Druck auch juristische Mittel, gegen den LEP vorzugehen?

Aus dem politischen Druck ist ein juristischer Hebel geworden: Zwischenzeitlich haben die Kommunen Alpen, Kamp-Lintfort, Neukirchen-Vluyn und Rheinberg zusammen mit dem Kreis Wesel Klage gegen die LEP-Änderung beim OVG Münster eingereicht. Frühestens ab Herbst 2020, eher aber noch später ist mit einer Entscheidung zu rechnen.

Warum ist es wichtig, jetzt aktiv und Mitglied im Verein »Aktionsbündnis Niederrheinappell« zu werden?

Am 13. September steht die Kommunalwahl an. Dann werden auch die Mitglieder der Regionalräte der Bezirksregierungen und der Verbandsversammlung des Regionalverbands Ruhr (RVR) erstmalig in Direktwahl gewählt. Bei den Bezirksregierungen und beim RVR werden die Regionalpläne erstellt. Diese müssen die neu beschlossenen Änderungen des LEP's planen und umsetzen. Das bedeutet, dass die Parteien und Abgeordneten sich in den nächsten Wochen intensiv mit Wahlprogrammen und Wahlkampf beschäftigen werden.

Die Wählerstimme ist die stärkste »Waffe«, die wir Bürger*innen haben. Es ist also absolut sinnvoll, die Schlagkraft des Niederrheinappells aufrechtzuerhalten. Das können wir nur, wenn viele Bürger*innen uns und den Politiker*innen, die sich für uns einsetzen wollen, den Rücken decken und mit ihrer Mitgliedschaft und Stimme deutlich machen, was sie von den politischen Parteien erwarten: Die Bitten der Kiesindustrie kritisch zu hinterfragen, die Forderungen des Aktionsbündnis Niederrheinappell umzusetzen und den Niederrhein langfristig zu erhalten. Unser Verein ist parteineutral. Jeder kann Mitglied werden.

Nur wenn wir den politischen Druck weiter hochhalten, haben wir eine Chance, unsere Interessen durchzusetzen!

Und wie wird man Mitglied?

Der Mitgliedsantrag steht unter <https://niederrheinappell.de/mitgliedsantrag> zur Verfügung. Man kann ihn herunterladen, ausdrucken und unter Nachbarn und Freunden verteilen.

Bin ich betroffen? Infos dazu unter: www.gd.nrw.de/ge_ev_geowiss-gemeindebeschreibungen.php (Option HÜK anklicken) www.niederrheinappell.de



Das Interview führten Luise Theile und Ernst Barten – Rheinberg, April 2020

Für die Anwohner*innen am Annaberg eine erhebliche Belastung

Über einen Anwohner erst erfuhr die GRÜNE Fraktion, dass die Straße „Minkeldonk“ zur Einbahnstraße geworden ist. Die Straße ist wichtig für die Anlieferung bei Amazon. Die Einbahnstraßenregelung hat allerdings zur Konsequenz, dass die Bahnhofstraße nun ab Kreisverkehr Römerstraße bis zur Umgehungsstraße vermehrt von LKW genutzt wird.



Sattelzüge und Zugmaschinen aufgereiht auf der Straße „Minkeldonk“.

Erklärtes politisches Ziel war es dagegen, dass die Bahnhofstraße von LKW-Verkehr weitgehend entlastet wird, um die Anwohner*innen vor unnötigem Lärm zu schützen. Dies war bereits mehrfach im Hauptausschuss Thema.

Ein LKW-Durchfahrtsverbot für die Bahnhofstraße hatte die Verwaltung bereits vor einem Jahr abgelehnt. Allerdings wurde eine Änderung der Ausweisung des Gewerbegebietes Süd positiv gesehen, die bis dahin die Bahnhofstraße mit einschloss.

Wie die GRÜNE Fraktion inzwischen ermittelt hat, wurde die Einbahnstraße bereits im Vorweihnachtszeitraum des letzten Jahres befristet genehmigt. Seit-

dem können LKW nur von der Alten Landstraße kommend in die Straße Minkeldonk einfahren. Wie wir beobachtet haben, standen an einem Nachmittag um 15 Uhr 25 Sattelzüge bzw. auch nur Zugmaschinen auf der Straße Minkeldonk. Erkennbar waren etliche Fahrzeuge für längere Parkzeiten vorbereitet, wohl auch für Übernachtungen. Gegen Abend standen immer noch 18 Fahrzeuge dort, an vielen Fahrzeugen wurde im Freien von den Fahrern gekocht. Entlang des Zauns sind zwei Dixi-Klos und am Anfang der Zufahrt von der Alten Landstraße ist eine 1100 l Mülltonne aufgestellt. Im Graben entlang der Bö-

schung zur L 510 liegt sehr viel Müll. Um 18:30 Uhr waren auf dem LKW-Rasthof Minkeldonk 24 LKW Parkplätze unbesetzt. Dort kann man bis 2 Stunden gratis parken, bei mehr als 2 bis 24 Stunden zahlt man dort 12 €, bekommt davon aber im Restaurant offenbar etwas angerechnet, wenn man dort konsumiert. Auf den Rangierflächen bei DHL und Amazon ließen sich relativ viele freie Flächen ausmachen. Ob dort nicht auch LKW vorübergehend parken dürften, wäre zu prüfen.

Über die Einrichtung der Einbahnstraße wurde die GRÜNE Fraktion von der Ver-

waltung nicht informiert. Das ist nicht akzeptabel, zumal im Hauptausschuss am 3. März 2020 ausgiebig über die Veränderung der Ausschilderungen beraten wurde und selbst da kein Hinweis auf die eingerichtete Einbahnstraße erfolgte.

Wir erwarten, dass die Verwaltung die Politik und Bevölkerung bei solchen Änderungen unverzüglich informiert und Lösungsvorschläge zur Wiederherstellung des gewünschten Zustands auf der Straße Minkeldonk präsentiert. Die Bahnhofstraße muss de facto entlastet werden.



Jürgen Bartsch Ratsmitglied kritisiert die derzeitige Situation auf der Straße Minkeldonk

Wie wollen wir im Alter leben?

Mit dem Blick auf das Alter bewegt viele Menschen die Überlegung, wie und wo sie später leben wollen.



In Rheinberg gibt es viele Angebote für Wohnen und Pflege im Alter. Die aktuelle örtliche Pflegeplanung ist eine Übersicht aus dem Pflegebericht des Kreises Wesel von 2019; die Angebote der aktuellen Pflegeversorgung wurden in der Märzsession 2020 des Sozialausschusses von der Verwaltung dargestellt: Unterstützungsleistungen im Alltag, Versorgung durch ambulante und vollstationäre Pflege, Tages- und Kurzzeitpflege – die verschiedenen Anbieter können den Bedarf für die Rheinberger decken; auch der Seniorenbeirat und der Kreis Wesel als übergeordnete Pflegeplanungsbehörde sehen die Versorgung in den genannten Bereichen als recht gut und ausreichend an. Daneben aber wird in Zukunft die häusliche Pflege, die die wesentliche Versorgung sicherstellt, den Anforderungen der älter werdenden Menschen nicht gerecht werden können. Die Ansprüche des würdevollen Alterns verändern sich auch: Wir wollen älter werden mit Aufgaben und Aktivitäten, evtl. in einer Gemeinschaft leben, mit zuverlässiger Hilfe bei Bedarf, mit Wahlleistungen für Dienstleistungen und mit Bezahlbarkeit all dieser Wünsche.

Im gesamten Stadtgebiet Rheinberg gibt es nur insgesamt etwa 30 Wohneinheiten des betreuten Wohnens.

In der Februarsitzung 2019 haben wir GRÜNE einen Antrag zu einer Initiative der Verwaltung für diese Wohnform eingebracht; dieser Antrag wurde mit Hinweis auf die unsichere Finanzierung zurückgestellt, wir haben aber der Verwaltung im März dieses Jahres den Anstoß gegeben, sich bei der Grafschafter Wohnungsbau nach Möglichkeiten der Realisierung zu erkundigen. Jetzt hat die Grafschafter Wohnungsbau GmbH, an der die Stadt beteiligt ist, diese Thematik aufgegriffen und dazu einen Fachbeirat eingerichtet.

Diese Initiative für betreutes Wohnen ist seit Februar 2019 im Gespräch, es wird langer Atem nötig sein, bis in Rheinberg mehr Plätze im betreuten Wohnen angeboten werden können.



Barbara Ettwig Sachkundige Bürgerin über die Lebenssituation im Alter

Betreutes Wohnen bzw. Servicewohnen wäre für viele Menschen eine gute Alternative zum Pflegeheim, wenn die bauliche Ausgestaltung wie Barrierefreiheit in Küche, Bad und Zugang besser ist als die bisherige Wohnung. Gesetzlich ist der Begriff „Betreutes Wohnen/Service Wohnen“ nicht geregelt, so dass mögliche Anbieter einen großen Gestaltungsspielraum für diese Wohnform haben.

Weitere Logistikfläche in Rheinberg?

Auf dem 3,8 Hektar großen Gewerbe-Grundstück südlich der Underberg-Verwaltung und des Amazon-Ergänzungsparkplatzes an der Alten Landstraße prangt seit kurzem ein großes Werbeplakat, das Lager- und Logistikflächen für rund 22.000 qm anbietet. Das Grundstück soll auch für ein Gefahrstofflager mit der höchsten Wassergefährdungsklasse (WGK III) geeignet sein. Die Grüne Fraktion hat eine Anfrage eingebracht, ob das stimmt, dies noch immer so gewollt sei und ggf. auch jetzt noch vorsorglich Beschränkungen definiert werden können.

mehr: www.gruene-rheinberg.de/logistik-garbe

Stadtentwicklung und Störfallproblematik

Mit rd. 9,7 km² ist mehr als ein Achtel des Rheinberger Stadtgebietes von den notwendigen Sicherheitsvorkehrungen des chlorverarbeitenden Chemiebetriebes Inovyn im Solvay-Industriepark betroffen. Im Umkreis von 1.760m um die Inovyn-Produktion sind zukünftige Änderungen in der Grundstücksnutzung nur eingeschränkt unter zusätzlicher Beachtung der hiermit nun für Rheinberg erstmals definierten speziellen Regularien des Störfallrechtes möglich; je näher am Zentrum des Störfallbetriebes, desto eingeschränkter die nicht-industriellen oder nicht-gewerblichen Nutzungen einschließlich der sich dort zeitweise oder dauerhaft aufhaltenden Zahl an Menschen.

mehr: www.gruene-rheinberg.de/stoerfallproblematik

Ohne sie geht nichts – Tagespflege unverzichtbar!

Tagesmütter und -väter wurden lange belächelt. Ein bisschen Kinder hüten nebenbei! Dieses Bild hat sich mittlerweile gewandelt. Tagespflege ist unverzichtbar! Kommunen können nicht alle Betreuungsbedarfe für alle Altersgruppen und dann auch noch flexibel anbieten. Es fehlt teilweise schon an Betreuungsplätzen, auf die ein Anspruch besteht. Auf der anderen Seite steigt die Anzahl der Eltern, die nach maximal einem Jahr Elternzeit wieder in den Beruf einsteigen wollen oder müssen. Dann wird klar: Tagespflegepersonen sind eine tragende Säule im Fundament der Betreuungsmöglichkeiten einer Stadt und müssen entsprechende Wertschätzung erfahren. Das gilt auch für die Bezahlung, die derzeit nur bei 5,48 Euro die Stunde liegt.

mehr: www.gruene-rheinberg.de/tagespflege

IMPRESSUM

Herausgeber:
Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN
Stadthaus Rheinberg, 47495 Rheinberg
Ortsverband Bündnis 90/Die GRÜNEN
c/o Ulla Hausmann-Radau
Grafschafter Straße 3c, 47495 Rheinberg
www.gruene-rheinberg.de
facebook @GRUENERheinberg
Twitter @GrueneRheinberg

Gestaltung, Satz und Druck:
TYPOGRAF
Franken-Tuschen GbR
Schwalbenweg 14
47475 Kamp-Lintfort
typograf@johannes-tuschen.de

